

Die 'Volkskraft' erscheint wöchentlich 8 Bände und ist durch die Expedition, Neue Braunschweig, Nr. 1206, zu beziehen. Preis 2.50, 5 Bände 12.50. Durch die Post bezogen 3.50, frei ins Haus 3.75, wo keine Post am Orte 3.84.

Volkskraft

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Bestellungsbedingungen: Die 'Volkskraft' wird durch die Expedition in Braunschweig versandt. Der Abonnent ist verpflichtet, die Expedition zu bezahlen. Die Expedition ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Briefen, die nicht angenommen werden können.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage 'Die neue Welt'.

Nr. 6.

Dienstag, den 9. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Wahlrechtsdemonstration.

Selt den Leipziger und Dresdener Straßendemonstrationen ist das Kapitel von den sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen nicht mehr aus der bürgerlichen Presse Deutschlands verschwunden und besonders die Scharfmacherblätter können sich gar nicht genug tun in Vorschlägen, mit deren Hilfe seitens der Regierung alle Kundgebungen von sozialdemokratischer Seite unterdrückt werden sollen. Es scheint, als ob sich diese Presseorgane überhaupt nicht die Frage vorlegen, daß durch solche Maßnahmen der Unterdrückung das Volk nur noch mehr erbittert werde... und daß man ihm durch Verbot von Versammlungen und Versuchen seine einzigen Mittel der Willensäußerung unterbindet. Neuerdings suchen diese Schleifsteine ihr Treiben mit jenen Dresdener Gerichts-urteilen zu flügen, welche schwere Strafen gegen die Personen enthielten, die sich bei den Demonstrationen Ausschreitungen zu schulden kommen ließen. Man unterläßt es konsequent, darauf hinzuweisen, daß kein einziger der Verurteilten politisch organisiert war, daß kein einziger an den Demonstrations-versammlungen teilgenommen hatte, daß alle vor Gericht be-fundeten, sie interessieren sich für politische Dinge überhaupt nicht, daß fast alle bei Begehung der so furchtbar schwer ge-fährten Ausschreitung betrunken waren. Es handelt sich ganz offenbar um gewalttätige Elemente, wie sie sich bei jeder größeren Menschenansammlung einfinden und durch ihren Unfug andere belästigen. Die ruhigen Demonstranten haben diesen Mitteläter vielleicht nur ein, wenn die Arbeiter-partei politische Demonstrationen veranstaltet? Sind sie nicht bei jeder patriotischen Aktion zu finden, bei jeder Feier, jeder Menschenansammlung? Die Berliner Polizei teilt mit, daß die letzte Silvesterfeier verhältnismäßig ruhig verlaufen sei, trotzdem aber 278 Verhaftungen wegen Unfugs, Mißhand-lungen, Widerstand und Bergleichen vorgenommen werden mußten. Und wie haben diese untauglichen Elemente erst nach dem Einzug des neuermählten Kronprinzenpaares gemüht, wo sie die Masken unter den Linien mit den Dekorationen umrissen, sich die Rosen aneigneten und den wenigen zurück-gebliebenen Beamten tätlichen Widerstand entgegensezten? Diese beiden Beispiele beweisen zur Evidenz wie un-gerecht es ist, der Arbeiterbewegung die Ausschreitungen ein-zelner gewalttätiger Naturen in die Schuhe zu schieben, die ähnliche Misse schon vorher und bei anderen Gelegenheiten verübt haben. Die organisierten Proletarier werden ver-suchen, diese Elemente durch eiserne Disziplin von sich fern-zuhalten und daß dies möglich ist, haben die wunderbaren Straßendemonstrationen in Wien und anderen österreichischen Städten gezeigt.

Dem Unfug der Scharfmacherblätter begegnet denn auch die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ mit folgenden Ein-wänden:

Art. 29 der preussischen Verfassung gibt allen Preußen das Recht, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis schieblich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Art. 27 derselben Verfassung verleiht jedem Preußen weiter das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung, seine Meinung frei zu äußern. An diese Verfassungsgrundsätze wird man lebhaft erinnert, wenn man die Versuche der Scharfmacher-presse liest, die Regierung zu einem Einschreiten gegen die angekündigten sozialdemokratischen Demonstrationen zu veranlassen. Schon der bloße Gedanke, es könnte nun auch in Preußen wie in Sachsen eine lebhaft, vielleicht sogar eine heftige und lärmende Agitation zu Gunsten eines freieren Wahlrechtes einsetzen, reizt die der Sozialdemokratie gegenüber ohnehin vorhandene Verbösität ge-wisser Blätter bis zur Sinnlosigkeit. Am liebsten möchten sie mit brutaler Polizeigewalt unterdrückt sehen, was nicht etwa gefährlich, sondern bloß unbequem ist, sie möchten noch alten schlechten Recepten der Sozialdemokratie wieder eine Aus-nahmsmaßregel anwenden und sie schlechthin vollständig rechtlos machen. Was aber die Sozialdemokratie hier plant, Massen-kundgebungen für das Wahlrecht, das könnten ebenso gut bür-gerliche Parteien veranstalten, es hat mit Zukunftsstaat und Marxismus nicht das geringste zu tun. Es wäre sogar wünschenswert, daß bürgerliche Parteien ihrerseits die Wahlrechtsbewegung in Gang brächten, wie wir uns seit Jahren bemühen, die preussische Dreiklassenwahl zu Fall zu bringen. Würden nun diese Blätter ebenfalls noch dem Volkzeitbüllet rufen, wenn etwa die nationalliberale Partei beratige Massenversammlungen beschloße? Gewiß nicht! Das Recht muß aber für alle Parteien gleich sein und ebenso gut wie andere Richtungen kann die Sozialdemokratie ihre Anhänger schieblich und ohne Waffen in geschlossenen Räu-mer versammeln."

In der letzten Nummer der „Nation“ bespricht auch der frühere Abg. Dr. Theodor Barth die preussische Wahlrechts-frage; er sagt über das Wahlrecht:

„In dem Dreiklassenwahlrecht ist die denkbar brutalste Verge-haltung der Arbeiterbevölkerung geschaffen. Die eine Klasse, das im preussischen Abgeordnetenhaus die Kon-jerrarier und 150 Mandate besitzen und die Sozial-demokratie, die unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts doppelt soviel Stimmen aufbringt wie die konser-vative Partei, auch nicht ein einziges Mandat, ist von einer zwingenden Agitationskraft. Die Verreiber der Dreiklassenwahlrechts können ihre Position nur durch den Appell an die Macht des Privilegiums behaupten; auf irgend-welche Gründe der Vernunft und Billigkeit müssen sie verzichten. Das preussische Dreiklassenwahlrecht bietet wegen seiner zahllosen Abfurdtäten und seiner empörenden Mißachtung der breiten Massen des Volkes eine solche Angriffslücke her, daß selbst un-geduldige Schützen das Ziel nicht verfehlen können. Es ist nur eine Frage der Ausdauer des Angreifenden, ob dies System früher oder später in Preußen zusammenbricht. Dabei ist es für Preußens Politik die Frage aller Fragen.“

Und er schließt seine Ausführungen mit den Worten:

Das liberale Bürgertum muß wenn es nicht politisch ein für allemal abdanken will, eine ernsthafte Volksbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht auch seinerseits unterstützen. Man wird alles daransetzen, dies liberale Bürgertum unter Be-rufung auf seine Ordnungsliebe und unter Spekulation auf sein Ruhebedürfnis von der Bewegung fernzuhalten und gegen die demonstrierende Sozialdemokratie scharf zu machen. Ob der Li-beralismus den Realitäten auf den Beinen gehen wird? Die Vorgänge in Baden haben gezeigt, daß es noch einen ernst-haftigen Liberalismus gibt. Kommt es zu einer weitreichenden Wahlreformbewegung in Preußen, so wird sich auch

bort zeigen, was von dem preussischen Liberalismus überhaupt noch politisch brauchbar ist.

Die Hoffnungen auf eine Beteiligung des Liberalismus sind allerdings zu optimistisch. Mit Ausnahme von einzelnen Personen ist auch hier das Verhalten der freisinnigen Par-teien sehr schwach. Da nimmt sich selbst die national-liberale „Magdeb. Ztg.“ noch leidlich vernünftig aus, wenn sie schreibt:

Man wird gut tun, auf die russischen Vorgänge ein wachsameres Auge zu haben, aber es ist zu hoffen, daß die Behörden sich nicht von der Provokation anstecken lassen werden, mit der ein Teil der bürgerlichen Presse den Ereignissen entgegen-aussehen scheint. Die Ansammlung fanatisierter Massen be-deutet immer eine öffentliche Gefahr, aber zu einer bedenklichen Ent-scheidung würde es unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutsch-land nur kommen können, wenn die Reaktionen, dem State konservativer und freikonserverativer Blätter folgend, in Befest-igung und Polizeipraxis zu reaktionären Schlägen ansetzte.

Wir meinen also, daß wir von der Gefahr einer Revolution noch recht weit entfernt sind und daß die Epoche der Wahlrechts-demonstrationen bei ruhiger und fester Haltung der Regierung wie des Bürgertums unschädlich vorübergehen wird.

Wozu zu bemerken wäre, daß auch niemand daran denkt, die Wahlrechtsdemonstrationen zu einer Revolution nach russischem Muster werden zu lassen. Was wir wollen, ist ja oft an diesen Stellen ausgeführt worden, daß wir es kaum wiederholen brauchen: Unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel soll das ungerechte Dreiklassenwahlrecht in Preußen bekämpft und zu Fall gebracht werden. Das soll und wird in nächster Zeit durch Verbreitung von Flugblättern und Abhaltung von Versammlungen geschehen. Dafür, daß beides in Schlesien wirkungsvoll verläuft, werden die Leser unseres Blattes mit zu sorgen haben.

Politische Uebersicht.

Der schlichte Ton der Noten. Wenn wir dann und wann gezwungen sind, unsere allerhöchlichen Gegner ab ihrer unqualifizierbaren Angriffe auf die Klassenbewusste Arbeiterchaft zu deuteln, so gibt's ein groß's Gefiammer in ganz Israel. Da sollen wir die Friedensförderer sein, die dem ach so harmlosen frommen Mann ungerecht und ohne Grund die Verlängerung des Rücken — bildlich gesprochen — mit ungebrannter Holzgasse abreiben. Da wird jedes harte Wort in der Arbeiterpresse als „Hohheit“ und wer weiß sonst noch was verdammt. Wo aber die Luftsticht der Arbeiterpresse fehlt, da glauben die gottesfälligen Herrschaften nach Herzens-lust auf die Sozialdemokratie schimpfen zu dürfen, daß sich die Balken biegen. Vor den infamsten Verleumdungen schrecken diese Schimpfmeister nicht zurück. Hier eine Probe aus dem Gustav-Adolf-Kalender, Jahrgang 1906, herausgegeben u. a. von Pastor Frhr. v. Dodelschwingk und Prof. Gumbel-Speyer:

Etwas von den Sozialdemokraten! Die Sozialdemokratie lehrt: Sparbarkeit ist Narrheit, Eigentum ist Diebstahl, obrigkeitliche Autorität ist Sklaventum; Glaube, Liebe, Moralität, Religion sind Dinge, die der Kinderstube und Märchenwelt angehören; Vaterland, Staat, Gemeinde,

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kartsky.

(Nachdruck verboten.) Die Sonne war inmitten schwerer Massen schwarzroter Wolken untergegangen; was es nicht ein Meßer von al dem Blute, das auf diesem Schlachtfelde vergossen ward? Blau und weiß schien es besetzt, wie ein Kornfeld. Ja, da lagen sie rund um ihn herum, untereinandergeworfenen Freund und Feind, leise wimm-elnd, wie er, von dem fürchterlichsten Durste gequält oder bereit als ein Todeskampf; und zwischen ihnen und auf ihnen die gelassenen verendenden Pferde und eine ungeheure Anzahl anderer wieder, welche ihre Reiter abgeworfen und nun erschrocken und schauend mit stotternden Mähnen zwischen den Ge-fallenen hindurch das Schlachtfeld auf und ab ritten. Immer noch darauf das Schießen fort, und immer noch stiegen neue Opfer. Jetzt schrie Stefan und die, welche um ihn herumlagen, eine heftige Erschütterung, die Erde erbebt unter ihnen. Was war das? Kavallerie, zur Verfolgung beordert, kam über das Feld dahergesprengt, hinter ihnen drein die Batterien. Die auf der Erde Liegenden freilich vor Entsetzen auf, als sie sich die Hände auf sich zu calombieren sahen. Sie hoben die verblühten Hände auf, b'thend hoben sie sie empor, als gäbe es hier Erparmen zu hoffen; sie wandten sich an Boden, sie versuchten, sich fortzubewegen, zu entrinnen. Die Kavallerie rückte näher. Stefans Sinne fanden in diesem schrecklichen Augenblicke der Gefahr ihre Schreie wieder, er sah alles, er begriff, was ihm drohte und er stülzte, wie sich ihm das Haar auf dem Haupte sträubte. Die Pferde kamen näher, näher; auch über ihn schied die Handbewegung. — Ein fürchterlicher Schrei entrag sich seiner Brust. — Im nächsten Augenblicke waren hundert von ausenden Körpern zerstreut, von den Sufen zer-trümpft, von den Mähnen der Lanzen zerwerfend, ein schauer-licher Menschenhaufen, der sich mit dem feuchten, blutigen Sande vermischte. Wenn sah Stefan nichts mehr.

Die Kavallerie führte vor; die österreichische warf sich ihr entgegen, sie wollte den Vorzug der übrigen decken, es gelang nur teilweise. An der Elbe angekommen, geriet alles in Verwirrung. Die Verwirrung war heillos zu nennen, sie erreichte einen fürchterlichen Grad. Es gab nur wenige Brücken und sie waren demnach von Kanonen vollgestopft, daß das Fuß-volk keinen Fuß mehr fand. Viele wurden bei dem Andrang in's Wasser geworfen; tausende stürzten sich selbst in die Elbe, welche nicht mehr wußte. Sie kämpften eine Weile mit dem Wasser, viele, viele Sände ragten eine Zeitlang daraus hervor, dann verschwand sie. — Baron Gabletz saß um sieben Uhr als Parlamentär zum

König von Preußen. Mit verbundenen Augen ward er vor ihm geführt, er hat um Waffenruhe. Der König verweigerte sie, die militärische Klugheit gebot, die Verfolgung nicht zu unterbrechen. Als neun Uhr hörte man Schießen, dann bezog das ermattete preussische Fußvöl seine Stellungen. Auf dem Schlachtfelde, mitten unter Leichen und Sterbenden, lagerten sie, wo Tod und Verblühtung in hundertfachen, grauenerfüllten Gestalt sie umgab. Tausendtausend Menschen waren an diesem Tage ver-wundet oder tot. Der König, die Prinzen kamen herzu, ein Surrendes Geräusch.

Stefan lebte noch. Es war Mitternacht, als er aus einer tiefen Ohnmacht wieder erwachte, die, da sie keine Fortdauer fand, aufhob, unklar seine Umgebung geklärt hatte. Er fror und immer quälte ihn noch der entsetzliche Durst. Seine Glieder waren steif, er vermochte sich nicht zu bewegen, er litt furchtbar. Der Mond war aus dem zertrümmten Gemüht getreten und stand jetzt hoch am Himmel, er bestrahlte mit seinem ruhig-sanften Lichte den grünlichen, tausendfachen Tod. Stefan starrte mit matten Augen vor sich hin, almählich begannen ihm die Gegen-stände, die ihn nach einer Seite hin umgaben, deutlich zu wer-den und ihm zum Bewußtsein zu kommen. Da lag ein Kamradt gleich ihm in einer schmalen Erdverlebung, auch er war von den Mähnen und Sufen vermischt geblieben, aber er war nicht-beeinträchtigt worden. Augen und Mund standen weit offen und das harte, nach aufwärts gerichtete Antlitz, auf das eben das volle Mondlicht fiel, hatte in seiner Stille etwas Entsetzliches. Weiterhin unterließ er die zertrümmten, verblühten Glie-dern der Unglücklichen, aber welche die dahinstreifende Ka-vallerie geschickt hatte. Er schloß die Augen, er wollte nichts weiter sehen, er vermochte diesen Anblick nicht zu ertragen. Niemand war es ihm, als vernähme er den regelmäßigen Tritt mehrerer herankommender Personen, und schon hörten seine Augen nach jener Richtung. Er sah Lichter, die sich hin-und herbewegten, und schwarze Gestalten, die schattengleich vorüber-zusahen und sich an einigen Öen tief herabbeugten. Sein Herz begann zu klopfen, er sah und vorchte in gespannter Erwartung. Die Schatten kamen näher, jetzt hörte er sprechen und nun vernahm er deutlich die Worte des Jünglings: „Hier ist Kavallerie vorübergegangen, — da ist alles tot, — wird auf-geladen, — kommt in die Grube.“

Stefan schloß, wie sich ihm das Haar auf dem Kopfe sträubte. Lebendig will er nicht begraben, nicht mit diesen Leichnamen in eine Grube geworfen werden. Diese zertrüm-terten Körper unter ihm, auf ihn gelagert! Der Selbst-erhaltungstrieb erwacht mit aller Macht. Er will sich aufraffen, fahren, aber kein Wind regt sich und kein Ton kommt aus seiner Brust, aus seinem verstopften Röhre kein einziger

schwacher Ton. Er fühlte sich verloren und ein Gefühl namen-los Angst erfaßte ihn, so könnte ihn vollends. Es begann zu regnen in seinen Ohren, schwarze Köder drühen sich vor seinen Augen, sie werden größer und immer schneller kreisen sie, sie reißen ihn mit sich fort, er fühlt sich untergehen. — Eine Weile mochte ihm in diesem Zustande vergangen sein, eine kleine Stimme zu einer heftigeren Tätigkeit zurückkehren; er hört und empfindet wieder. Ihm ist, als würde er aufgehoben, und neben an seinem Ohr hört er sagen: „So ein kräftiges, junges Mu-ß ist schade.“ „Fort, fort“, mahnte ein anderer, „wir haben noch viel Arbeit, heute.“

In diesem entscheidenden Augenblicke nahm Stefan noch einmal all seine Kraft zusammen, er reißt die fast erloschenen Augen auf, und zugleich bringt ein lautes, kaum hörbares Wimmern über seine Lippen.

„Er lebt!“ sagte der Sanitätsfeldarzt, der ihn aufgehoben.

„Wie lange denn?“ Nach keine Umstände mit dem armen Teufel.“

„Nein, der soll erst untersucht werden“, repliziert der erste und winkt den Arzt herbei.

Dieser betrachtet flüchtig den Verwundeten und schüttelt den Kopf. „Der hat schon viel Blut verloren, der wird an Er-schöpfung zu Grunde gehen“, brummte er. Gleichwohl legt er ihm den Notverband an, und Stefan wird auf den Sanitäts-wagen gehoben und noch in derselben Nacht nach dem nächst-gelegenen, von den Preußen in aller Eile zurechtgemachten Feld-lazarett transportiert.

Da liegt er nun, der arme Verwundete, in einer großen Scheune, in welche man einige Fenster eingesetzt, und deren roh zusammengesetzte Bretter nur geringen Schutz vor den Unbilden der Witterung bieten konnten. Schwere und leichtverwundete, Oesterreicher und Preußen waren hier untergebracht worden, man hörte verschiedene Sprachen und Dialekte, man hörte Klagen und Flüche, schmerzzerfülltes Wimmern und gleich daneben lautes Lachen und Gepolter. Der Schmerz der einen machte auf die anderen, welche sich besser befanden, keinen Eindruck. In diesen ersten Stunden nach der Schlacht dachte jeder nur an sich selbst, und der nicht vom Schmerz gepeinigter freute sich, daß er der Gefahr entronnen, daß er lebte und atmete. Kein Besorg-raum war in dem Lazarett mehr übrig; in zwei Reihen standen die notdürftig errichteten Lagerstätten — Seiten konnte man sie füglich nicht nennen — dicht aneinander gedrängt, jedoch nur in der Mitte ein schmaler Gang zur Kommunikation freigelassen war, der an dem einen Ende, nahe dem Fenster, zum Opera-tionstisch führte. Die Ärzte und ihre Schwestern umgaben den Patienten. Seit dem frühesten Morgen, wo der Verwundetentrans-ports hier angeht war, war dieser Tisch noch nicht freigegeben, obwohl viele Operationen auf dem Lager selbst vorgenommen wurden. (Fortsetzung folgt.)

Wenige sind erstanden, um die Freiheit zu fesseln, den einzelnen zu machen. Die Sozialdemokratie mag es an das Gedächtnis...

In die Stillen im Lande, die verstehen sich auf Schimpfen! Und die Herrschaften waagen es dann noch...

17 Hamburger Wahlrechts-Verfassungen. Die Freiheitsversammlungen der Arbeiterschaft des Hamburger...

Außer den weimarischen Genossen treten auch die Straußwägen in eine Wahlbewegung ein.

Die Reichstagswahlwahl im Chemnitzer Kreise hat den höchsten Krampf im bürgerlichen Lager hervorgerufen. Der als Kandidat aufgestellte Kommerzienrat...

Die deutsche Volkspartei hat inzwischen den Kandidaten...

Der Reichstag hat den Berliner Staatsrat von seinen Ämtern...

Staub von den Fäden zu schütteln, sind die ewigen Streitigkeiten...

Der Redakteur einer „kostenlosen Zeitung“ wurde, wie die „Allg. Ztg.“ berichtet, von der Strafkammer in Schweinfurt...

Die Marokkoforderung. Nach Informationen von unabhängiger Stelle wird berichtet, daß die den nordamerikanischen...

Der hannoversche Städtetag, der am Sonnabend Vormittag in der Stadt Hannover eröffnet wurde und von allen...

Widerstand der Dienstgewalt. In mehrtägiger Verhandlung beschloß sich das Kriegsgericht in Ulm mit der widerrechtlichen...

Für Tapferkeit. Mit drei Garderobiers in den Krieg gereist ist Prinz Friedrich Leopold von Preußen. Man erzählt das...

Landtagswahl in Sachsen-Weimar. Bei der Landtagswahl in Weimar wurde an Stelle des sozialdemokratischen...

Gen darmen als Expreßier. Der „Bayer-Zeitung“ wird aus München i. West. geschrieben: Die Verhaftung zweier...

Kolonialloper. Ein Telegramm aus Bura in Kamerun meldet: Leutnant Karl F. v. S., geb. in Rastatt, infolge einer im...

Insland. Die Forderung von der Entdeckung einer Bombenfabrik in Demak wird von dem Wiener „Telegraph“ als...

Partei-Angelegenheiten. Der „Vorwärts“ feiert durch eine mit Banden und Klischees...

Arbeiterbewegung. Die Busbrüder in New York haben ihren Kampf um den Achtstundentag begonnen. Gleich am 2. Tage, den 8. Januar...

Breslauer Nachrichten. Breslau, 8. Januar. „Väterchen“ Wender.

Herr Kopsch, einer der geistigen Leiter der freisinnigen Volkspartei hat kürzlich in einem Scharfmacher-Verband...

Auf die dem Schreiben vom 20. d. Mts. beigelegte Resolution vom 19. dess. Mts., betr. allgemeine Lohnverbesserung...

Wir sind nach wie vor (1) gewillt, das Recht der städtischen Arbeiter hochzuhalten, sich zur Beratung ihrer...

Am Sonnabend erhielten nun die Deputierten Mohaupt, Rauch und Wischhoff folgendes, bis auf den Tag...

Bei der mündlichen Besprechung am 30. Dezember 1906 sind Sie vom Oberbürgermeister noch besonders darauf aufmerksam gemacht...

Die Arbeiter erwarten, daß die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister und die übrigen Mitglieder des Magistrats...

Wasen dieser großen Beleidigung künden wir Ihnen hiermit den Dienst zum ... Sie können den Dienst auch jederzeit vorher verlassen.

Der Magistrat. G. Wender. M u e h l.

Damit ist die angeordnete Maßregel weiterer Arbeiter perfekt geworden, Wender und Muehl decken sie mit ihren Namen...

... Da Sie sich fälschlich als „Deputation aller städtischen Arbeiter“ unterzeichnet haben...

Daselbe hat ungefähr Dr. Wender auch im Stadtparlament gesagt und er hat dabei eine gehörige Portion stichtischer Entrüstung...

„Gleich mit diesen unseren ehrerbietigsten Glückwünschen im Namen aller Schloßler (1) bitten wir untertänigst, Euer Kaiserl. und Königl. Hoheit wollen gnädigst ge-“

fassen, daß als Hochzeitsgabe der Provinz Schlesien 11 zwei Zimmer in Ost- u. West-Schlesien zu Dets bei Wünsch des hohen Schloßherren einziehend aus Provinzial-Mitteln 11) ihrerseits bezichtigt und ausgeschlachtet werden."

Wir geben zu, daß in dem Schreiben der Arbeiter-Reputation Ausdrücke, wie „ehrerbietig“, „untertänig“, „gnädig“, „höchstherrlich“, „hoher Rathsherr“ und dergleichen nicht enthalten sind. Wenn das etwa der „gute Ton“ ist, den Herr Vender immer wieder verlangt, so werden die Arbeiter ihn wahrscheinlich nie anschlagen. Aber wenn eine fälschliche Behauptung enthalten ist, daß man diese fälschliche Behauptung ebenfalls aufgestellt. Denn die Adresse an den Kronprinzen konnte nicht erfolgen im Namen der etwa 70,000 Sozialdemokraten und der tausende von Nationalpolen die — so schwer es Herrn Vender auch ankommen mag — doch immer noch zu den Schlesiern gehören. Aber, Herr Vender, wenn Sie deswegen aus Ihrem städtischen Dienst entlassen worden wären, wie möchte Ihr Patriotismus da ausgehen!

Um aber das Vorgehen des freisinnigen Magistrats voll würdigen zu können, muß man die Verteidigung lesen, die das Blatt des freisinnigen Dr. Dehke vom Stapel läßt. Um die Maßregelung zu entschuldigen, führte er die scharfen Ausdrücke an, die als Antwort auf die Maßregelung fielen. Bei solchen Ausdrücken — fürchterlich! — sei doch an ein Zusammenarbeiten nicht zu denken: Und dann fährt er fort:

„Glaubt man angesichts solcher Tatsachen wirklich, daß man von einer Bekämpfung des Koalitionsrechts sprechen dürfte, selbst wenn die Gefahr noch viel unnachlässiglicher eingriffe, als sie eingegriffen hat? Gibt denn die Koalitionsfreiheit ein Recht zu jeder Frechheit, zu jeder Insubordination, zu jeder Demütigung, zu jeder Beschädigung, und brecht sie einen unüberwindlichen Schieber über jede besudelte Vergangenheit?“

So verteidigt der Freisinnsmann das Koalitionsrecht! Ein weiteres Wort wäre überflüssig, wenn das nicht in dem Blatte Dr. Dehkes stünde, desselben Dehke, der seine politischen Gegner einfach kategorisch als Lumpen bezeichnet und dessen nicht „befudelte“ Vergangenheit die Tatsache aufweist, daß er einen Mitmenschen vom Leben zum Tode befördert hat! Das allerdings ist nicht so schlimm, als die vor 24 Jahren erfolgte Verurteilung Reicherts wegen einer Jugendbeseitlung. Herr Dehke hat ja bloß 2 Jahre Festung abbrummen müssen, weil er Maderiker war. Sonst wäre für das Menschenleben wahrscheinlich eine härtere Strafe gefordert worden!

Gaukonferenz der Tabakarbeiter.

Im Gewerkschaftshause tagte am Sonntag eine Konferenz der schlesischen Tabakarbeiter. Anwesend waren 30 Vertreter aus 24 Orten. Außerdem war der Hauptvorstand vertreten durch Kollegen Eberle-Bremen und der Gau Schlesien durch Element-Breslau. In das Bureau wurden gewählt Keller-Görlich, Wobjicka-Breslau, Töpfer-Hannau und Schlagmann-Jauer. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Reorganisation im Verbande. 2. Die drohende Tabaksteuererhöhung. 3. Die Lage der Tabakarbeiter und die Agitation für den Verband.

Nach dem ersten Gegenstand referierte Element-Breslau. Er führte aus, daß in der letzten Zeit der deutsche Tabakarbeiterverband einen erfreulichen Aufschwung genommen haben, innerhalb zweier Jahre ist die Mitgliederzahl um 8000 gewachsen und der Verband hat jetzt 30,000 Mitglieder, das sei auch ein schöner Erfolg, aber er genüge bei weitem nicht, denn die dem Verbande noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zählten nach vielen Tausenden, es gäbe noch sehr viel zu tun. Die Neuorganisation des Unterhaltungswesens, Arbeitslosen- und erhöhte Streitmittelsammlung werden sich als sehr vorteilhaft erweisen. Die Annahme, daß durch das Unterhaltungswesen der Kampfcharakter der Organisation verloren gehe, sei eine durchaus irrige, nach wie vor werde der Verband für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder eintreten und den Kampf nicht schonen. Wer die letzten Bewegungen der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen beobachtet hat, wird nicht bezweifeln können, daß irgenbwas der Kampfcharakter nachgelassen hat. Durch die höheren Unterhaltungsansätze bei Streiks werden die Mitglieder für die wirtschaftlichen Kämpfe geküht, und es werde viel eher möglich sein, als früher, die Lage der Kollegen und Kolleginnen zu heben. Freilich sei mit der Steigerung der Leistungen auch eine Erhöhung der Verbandsbeiträge verbunden. Nachdem der Referent noch darauf hingewiesen hatte, daß es dringend notwendig sei, die weiblichen Kollegen mehr als vorher zur Organisation heranzuziehen, so die weibliche Arbeitskraft in der Tabakindustrie vorwiegend sei, erklärte er die neuen Verbandsbedingungen.

Eberle-Bremen gab an dem Statut in längerer Ausführung Erläuterungen und führte insbesondere an, wie notwendig die Erklärung der Organisation und größere Mittel bei dem jetzigen schweren Kampf mit der Erziehung der Kollegen seien.

Es lag hierzu folgende Resolution zur Annahme vor:

Die am 7. Januar in Breslau tagende Konferenz des 14. Gauers kann sich mit einigen Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung nicht einverstanden erklären und betont, daß es bei den weichen erhöhten Beiträgen den Mitgliedern sehr schwer fällt, noch einen Eintragsbeitrag für die lokalen Kassen zu erheben. Die Konferenz beauftragt den Vorstand, unverzüglich eine Urabstimmung vorzunehmen, daß 10 Prozent der örtlichen Einnahmen zu lokalen Zwecken am Orte belassen werden.

Es entstand über die Leipziger Beschlüsse eine rege Diskussion. Der Rat der Kollegen Ritter-Kaufadt, Bänisch-Sreiegan, Richter-Reganis, Langner-Sprottau, Camma-Sreiegan und andere mehr beteiligten. Sie vertraten übereinstimmend die Ansicht, daß die jetzigen Beiträge für die schlesischen Arbeiter viel zu hoch seien, es herrsche unter den Kollegen darüber eine große Erregung, und die Gewinnung neuer Mitglieder sei dadurch zu sehr erschwert. Die weiblichen Mitglieder, die zum Teil einen außerordentlich geringen Verdienst — 5-6 Mk. pro Woche — haben, seien nicht in der Lage 30-40 Pfg. Beitrag zu zahlen. Es sei jetzt nicht möglich, wie bei aller Gewerkschaften, einen örtlichen Fonds zu gründen. Bänisch-Sreiegan beantragt, daß nicht 10 sondern 20 Prozent der Ortsverwaltung belassen bleiben sollen. Es wurde von den Sprechern besonders beklagt, daß zwar die Arbeitslosen- und die Streikunterstützung erhöht, aber gerade das notwendigste, die Kranken-Unterstützung verringert worden sei. Abstriche sollten nicht gemacht werden. Wie ein roter Faden zog sich die Klage über zu hohe Beiträge durch alle Reden, doch gab es auch Stimmen, die erklärten, daß die erhöhten Beiträge eine Notwendigkeit sei, die Mitglieder sollten nur mehr angestraft werden. Der Eindruck der ganzen Debatte war indeffen der, daß

die schlesischen Delegierten in der Wahl mit den geistigen Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung nicht einverstanden seien. Was die Konferenz beauftragt die Annahme folgender Resolution:

„Die heutige in Breslau tagende Konferenz verpflichtet sich, trotz aller Einwendungen, die einzelne Delegierte gegen die Beschlüsse der Generalversammlung ausgesprochen haben, für dieselben einzutreten und mit allen Kräften dafür zu wirken, daß dem Verbande neue Kräfte zugeführt werden.“

In der Hauptversammlung wurde die Präsenzliste verlesen. Es sind folgende Orte vertreten: Namisch, Dörlau, Görlich, Opellen, Petruswalbau, Schönbühl, Birnbaum, Glatz, Neustadt O-Schl., Regnis, Schwerin, A. W., Sprottau, Hannau, Trebnitz, Camm, Goldberg, Nieder-Salgrun, Sreiegan, Faudan, Brigg, Jauer, Miodla, Waulen und Breslau. Erster lehrte sich über den Geist, der unter den Kollegen herrscht, er zeige, daß sie bestrebt sind, den Verband vorwärts zu bringen. Was aber ihre Monotonie an den Beschlüssen anbelange, so hätte die Referent nicht alle Gesichtspunkte in Betracht gezogen, die bei der gegenwärtigen Erregung zu berücksichtigen seien. Bei den wirtschaftlichen Kämpfen, die den Arbeitern bevorstehen, den Krisen, die uns bedrohen, sei die Stärkung der Fonds eine unabweisliche Notwendigkeit, ohne einen starken Finanzfonds sei nichts zu erreichen. Die Kollegen läßten sich schwarz, wenn sie dächten, es könnten Mitglieder verloren gehen. Wenn es vermöge größerer Mittel möglich sein wird, eine intensivere Agitation zu entfalten, dann wird die Organisation trotz der erhöhten Beiträge sicherlich zunehmen. Die Erfahrung bei anderen Gewerkschaften lehrt, daß durch größere Beiträge kein Niedergang, sondern Fortschritt erzielt werden. Zum Aufbau des Verbandes sei die verbessernde Hand geboten worden. Das Unternehmertum wird, wenn es sich, wie die Organisation der Tabakarbeiter mit aller Macht vorwärts schreitet, es nicht so leicht wagen, die Löhne willkürlich zu kürzen. Er ermahnt die Kollegen einig zu sein und überall für die Beschlüsse einzutreten. Element-Breslau schloß diesem Wunsche an.

Die Abstimmung über die Resolutionen ergab, daß die erste abgelehnt und die von Wobjicka beantragte, mit Mehrheit angenommen wurde. Damit war der erste Punkt erledigt.

Es folgte das Referat über die Gefahr, die der Tabakindustrie durch die geplante Tabaksteuererhöhung und die Zigaretten-Papiersteuer droht.

Hierzu führte Wobjicka-Bremen alle die Momente an, die bei Bekämpfung der Steuer von Bedeutung sind. Eine durch den Verband organisierte Cassette über die Arbeitslosen in der Tabakindustrie hat Resultate herbeigeführt, die den Staat veranlassen sollte, das Geld unter den Arbeitern nicht noch zu verstreuen, als es ohnehin schon vorhanden ist. Der Wochenlohn für Raccrundenarbeiter betrug bei 1827 Arbeiter 18 Mk., 3936 16 Mk., 7516 14 Mk., 3411 12 Mk., und 2226 10 Mk. Widelmacher: 5475 8 Mk., 2688 6 Mk., 1308 12 Mk., 2699 10 Mk. und 291 4 Mk. Arbeiter: Stundelöhne 1915 30 Pfg., 4185 26 Pfg., 7620 23 Pfg., 5492 20 Pfg., 1671 16 Pfg., 6032 13 Pfg., 4792 10 Pfg. und 572 6 Pfg. Die dortigen erbärmlichen Löhne, die ernstlich festzustellen sind, lassen den Staat und will den Umständen der Arbeiter noch mehr schlechtere Bedingungen auferlegen. Es sei nur zu erklaren, daß bei solchen Hungerlöhnen die gesamte Familie, Mann, Frau und Kinder zum Lebensunterhalt beitragen müssen. Unter den Tabakarbeitern herrschen die elendesten Zustände. Hier blüht die Demoralisation mit allen ihren schlimmen Begleiterscheinungen. Die Krankheitsziffer sei eine sehr hohe. Unter den Tabakarbeitern grassieren die Tuberkulose und andere Krankheiten. Unwohlsein würde die erhöhte Steuer wieder wie in früheren Jahren tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen krank machen, auf die Landstraße werfen. Durch das herabgesetzte Lohnniveau würden in den einzelnen Gemeinden die Armenkassen erheblich anwachsen und die Krankenkassen aufs Äußerste belastet werden. Mit aller Kraft, mit allen in Gebote stehenden Mitteln müsse gegen den Plan der Reichsregierung Protest erhoben werden, es gelte mit einem Kampf um die eigene Existenz, die auf dem Spiele stehe. Es hob eine erregte Debatte an, in der zum Ausdruck kam, daß auf andere als die Arbeiter keine Verlaß sei, und darauf sollten sich die Arbeiter wieder auflehnen. Kol. Keller äußerte an, daß die Situation um so schwieriger sei, als ja die Regierung mit einem ganzen Vulkus von Steuerprojekten das deutsche Volk bedrückt habe. Die Agitation gegen die Tabaksteuer werde eine ungleich größere sein müssen als im Jahre 1894 bei der Fabriksteuer. Es wurde sich die Abhaltung eines Konzeßes von Tabakarbeitslosen notwendig machen, um die Lage erhellend erörtern zu können. Bei einer kräftigen, ergebnisreichen Agitation, glaube er, muß es auch diesmal möglich sein, den Schlag abzuwehren. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die am 7. Januar cr. in Breslau tagende Gaukonferenz der Tabakarbeiter Schlesiens und Posens erklärt in der Vorrede der Zeitung zur weichen, außerordentlichen Erhöhung der jetzigen Tabaksteuer eine Existenzgefahr eines bedeutenden Teiles der in dem Verande vorhandenen kleinen Betriebe, die im Widerstande mit den eintretenden Erzeugnissen für die kleineren selbständigen Erzeugnisse steht. In weiterer Folge die geplante Erhöhung einen erheblichen Nachschub des Tabakfondens zur Folge haben, wodurch in den Reihen der in der Tabakindustrie beschäftigten eine große Arbeitslosigkeit eintreten muß, die es tendieren kann, in dem Verande weiter ihr Brot zu verdienen, weil diese Arbeiter-Kategorie in überwiegendem Maße nicht in der Lage ist, aus Mangel an Arbeitsplätzen und oft nicht überflüssiger Bekleidungsstücke durch die Natur in anderen Gewerkschaften Beschäftigung zu finden. Die Besatzung protestiert deshalb mit allen Kräften gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, sowie gegen jede indirekte Besteuerung überhand.

Es folgte hierauf Berichte der einzelnen Delegierten über die örtlichen Verhältnisse.

In Grottau betragen die Löhne für Koller 4.25-5.75 Mk. pro Wille, Widelmacher erhalten 2.20-2.50 Mk. Der Durchschnittsverdienst für Koller schwankt zwischen 8 und 14 Mk., bei Widelmachern zwischen 6 und 10 Mk. Die Arbeitszeit ist eine 11stündige. In Brigg ist die Arbeitszeit eine 10 1/2stündige. Wochenlohn für Koller 3.75-7 Mk., letzterer Verdienst nur für schwere Personen. Widelmacher zwischen 1.50-2.75 pro Wille. Der Durchschnittsverdienst pro Woche beträgt für einen Zigarettenmacher 7-14 Mk., Widelmachern 4-11 Mk., Richter 2-6 Mk. Organisiert sind 108, 84 männlich, 74 weiblich. In Namisch sind 5 Fabriken. Widelmacher erhalten 1.50-4 Mk., Raccrundenmacher 4.20-10 Mk. In Sreiegan sind ungefähr 300 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, organisiert 70 Kollegen. Löhne: Koller 3.50-6 Mk., Widelmacher 1.50-3.50 Mk., Sprottau. Widelmann 2 Mk. amwärts bis 3.50 Mk. pro Wille. Koller 4.50-8 Mk. Dem Verbande gehören 109 Mitglieder an.

Ein weiteres Lagerfeld kommt von Oberschlesien. In Dörlau sind von 2000 beschäftigten Tabakarbeitern und Arbeiterinnen leider nur 17 organisiert. Die Verhältnisse liegen daher ebenfalls sehr schlecht. In Dörlau werden gesucht für Zigarettenmacher 4-7.50 Mk. pro Wille, Widelmacherinnen 0.19-0.30 Mk. pro 100 Stück. Wochenverdienst für Arbeiter 6-14 Mk. Widelmacherinnen 2-12 Mk., durchschnittlich für beide Kategorien 9 Mk. Es sind in Dörlau beschäftigt 169 männliche und 193 weibliche Arbeiter, davon sind organisiert 40 männlich und 303 weiblich. Der Verband der Sortierer hat in Dörlau 30 männliche und 60 weibliche Mitglieder. Horn-Breslau schildert die Verhältnisse in Breslau und betont, daß sie hier nicht besser liegen als anderswo, meistens Frankenarbeit. Aus den gesamten Referaten geht mit Deutlichkeit hervor, daß in Schlesien die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Tabakindustrie herzlich schlecht liegen und durchaus verbesserungsbedürftig sind. Es haben auch mehrere Vorkonferenzen stattgefunden, die zum Teil Verbesserungen gebracht haben, aber es muß gewaltig gearbeitet werden, um einigermaßen zureichende Zustände herbeizuführen. Element gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm mit Hilfe der Kollegen gelingen wird, die Lage in Schlesien zu heben. Hierzu sei aber eine energische Mitarbeit notwendig. Die Konferenz nahm noch eine Resolution an, in der den freistehenden Kollegen und Kolleginnen zu

Schulden ihre volle Sympathie angedrückt wird, und verpflichtet sind, solche moralisch und materiell zu unterstützen und in einem solchen Maße ermehrte Werke die Kollegen, den Gewerkschaften Element beifällig zu unterstützen und anzuerkennen für den Ausbau der Organisation zu wirken.

Darauf schloß Keller, der 40 Jahre Mitglied des Verbandes ist, mit dem Wunsche, daß der Tabakarbeiterverband gebelien und sich weiter entwickeln möge, die Konferenz.

Auf zum Protest!

Die Protestversammlung für die Männer und Frauen der gesamten Breslauer Arbeiterschaft gegen die Art und Weise, wie den Arbeitern das Streik- und Versammlungsrecht verweigert wird, findet

Mittwoch, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause statt. Das Referat hat Genosse Robert Albert übernommen. Sämtliche Gewerkschaften sind aufgefordert worden, für einen massenhaften Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Wir ersuchen unsere Genossen, dieser Aufforderung eifrigst nachzukommen, damit den Feinden der Arbeiter Sache kein Zweifel darüber bleibt, wie die Arbeiterschaft von Breslau ihre gesetzlichen Rechte zu verteidigen weiß! Der Eintritt ist frei.

* Paul Breiten. Am vergangenen Sonnabend verließ im Allerheiligen-Hospital einer der älteren Breslauer Genossen, der Metallarbeiter Paul Breiten. Noch während der Zeit des Sozialistengesetzes stellte Breiten seine Kräfte in den Dienst der Partei und schenkte keine Gefahren, wenn es galt, ein Weil für sie zu vollbringen. Die Krankheit und Not ihn in den letzten Jahren von intensiverer Parteiarbeit fern, so hing er doch mit Leib und Seele an der Sache des Volkes, der er in gemüden Tagen sein ganzes Tun geweiht. Erze seinem Vaterland.

* In der Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins, die am 14. Januar stattfindet, wird die bekannte Operette von Millöder „Der Kettentischler“ zur Aufführung kommen. Die Villetausgabe erfolgt heute Abend im Gewerkschaftshause.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* An die Gauvorstände und Bezirksleitungen der Gewerkschaften! Auf Beschluß der Gauleiter zc. der Bezirke Schlesien und Posen ist eine Zentralstelle für die in diesem Bezirk konstituierenden Gauvorstände, Bezirksleitungen, Agitationskommissionen usw. geschaffen worden. Es soll baldmöglichst ein Adressenverzeichnis geschaffen werden und sind alle Beteiligten gebeten, baldmöglichst dem Unterzeichneten die Namen und auch die Wohnungen der Vorsitzenden und Kassierer, sowie die Versammlungslokale der Bezirksstellen aller Zentralverbände in Schlesien und Posen mitzutellen. Die in Betracht kommenden Parteibücher bitten wir um gefl. Kenntnisnahme.

Z. M.: Hermann Zimmer, Breslau I, Schmiebelstraße 12, 2. I.

* Zigaretten-Verband. Als Agitations-Bezirksleiter für die Provinz Schlesien ist in der Mitgliederversammlung am 4. Januar Kollege Albert Wache, Breslau, Kleine Fürstenstraße 21, IV., gewählt worden. Im Interesse der Ausbreitung der modernen Gewerkschaftslehre wollen die in der Provinz bestehenden Gewerkschaftsvereine, Vorsitzende von Gewerkschaften, Vertrauensleute usw. von dieser Bekanntmachung gefälligst Notiz nehmen, um bei Anfragen, Auskünften usw. eine geregelte Verständigung zu ermöglichen.

Neueste Nachrichten.

Bei den Senatswahlen in Frankreich

wurden im ganzen 102 Senatoren neu gewählt. Von den Gemäßigten gehörten 27 der republikanischen Linken an, 28 sind Radikale, 14 sozialistische Radikale, 2 Sozialisten, 6 Nationalisten, 16 Konfessionelle, 11 Progressiven. Der Senat ist das französische Oberhaus.

Russland.

Aus Tibaun wird der „Nowoje Wremia“ gemeldet, daß das sogenannte vereinigte sozialdemokratische Komitee des Nördlichen Russlands und die Stadtverwaltung aufgelöst habe, die für den Unterhalt der barben den Arbeiter nötigen Summen auszugeben, wodurch die Fabriken demoralisiert und erschüttert werden würden. Ein Kilometer von Wenden in Russland brennt der Landtag des Oberhofmeisters Grafen Sievers. Die dortigen empfindliche Hofkassendirektion wurde unverrichteter Sache ausgeschickt, weil für eine nach Tausenden gültende bewaffnete Bande im Walde den Weg verlegt. In Odesa wurde eine Gruppe Anarchisten verhaftet, welche verdächtig ist, in letzter Zeit Bomben geworfen zu haben.

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

	7. u. 8. Januar.	Nachm. 9 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Aufwindwärme (C.)	+6.2	+4.8	+4.8	+1.3
Außdruck bei 0° (mm)	789.4	789.3	789.3	787.5
Dunkelheit (mm)	5.0	4.4	4.4	4.4
Dunkelheit (pct.)	71	68	68	89
Wind (O-12)	SW 3	SW 3	SW 3	SW 3
Wetter	beter.	beter.	beter.	beter.

Das kommunale Wahlrecht.

Von Paul Hirsch und Hugo Lindemann. Agitations-Ausgabe 30 Pfg.

Kommunale Arbeiterpolitik.

Von Hugo Lindemann. Agitations-Ausgabe 40 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. I. Brauerbesitzer Robert Seifert, ev., S. — Kaufmann Karl Land, ev., S. — Bäcker Karl Hillebrand, kath., S. — Arbeiter Heinrich Ködler, evana., S. — Hausbälter Karl Urtel, ev., S. — Bahnarbeiter Karl Riad, ev., L. — Dreher Karl Franz, kath., L. — Fuhrer Robert Demme, ev., S. — Schneider Bruno Prachatzka, ev., L. — Dreher Reinhold Gensche, ev., L. — Landarbeiter Karl Goebel, ev., S. — Tischler Karl May, l., S. — Gev. Volksmusikdirektor Theodor Kasse, ev., S. — Scheller Paul Köster, ev., L. — Schneidermeister Johann Osajnda, ev., L. — Bäcker Ernst Kriebel, ev., S. — Restaurateur Wilhelm Heinrich, evana., 2 S. — Fleischer Gustav Winkler, evana., 2 S. — Friseur Friedrich Ködler, evana., S. — Maschinenchulmeister Adolf Lentberg, evana., S. — Arbeiter Peter Pannet, katholisch, S. — Arbeiter Albert Wernsdorfer, Michael, ev., S. — Arbeiter Albert Wernsdorfer, kath., L. — Pächter Maximilian Döberich, ev., L. — Heinrich Ebbesen, kath., L. — Buchhalter Paul Bernisch, ev., L. — Kaufmann Emanuel Schmalke, kath., S. — Zimmermann Richard Felcke, ev., S. — Wurfmacher Robert Wiesner, ev., S. — Major Franz Sarembe, kath., S. — Hilfswohnenwörter Paul Torkle, evanaelisch, Tochter. — Drogschensulstler Karl Werner, evanaelisch, Tochter. — Bahnarbeiter Wilhelm Pawlik, evana., L. — Bahnarbeiter Ernst Abelt, ev., S. — Hausbälter Karl Langner, kath., L.

Bestimmungen der städt. Markt-Notierungskommission.

Breslau, 6. Januar.

	Pro 100 Kilogramm					
	hohe		mittlere		geringere Sort.	
	ante	ante	ante	ante	ante	ante
Weizen, weißer	17.40	16.60	16.40	16.00	15.90	15.50
Weizen, gelber	17.30	16.50	16.40	16.00	15.90	15.50
Rooggen	15.80	15.20	15.10	14.90	14.80	14.60
Strangerste	16.00	15.60	15.50	15.00	—	—
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Hafer	15.00	14.50	14.40	14.00	13.90	13.50
Miloria-Erbfen	20.50	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50
Erbfen	18.00	17.50	16.90	15.80	14.50	14.00

Den pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mt.
Stroh, pro Schof 24.00—26.00 Mt.
Wintertraus 23.20—24.20—19.20 Mt.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sachbrutto, Weizenmehl 00 rubia, 23.25—24.25 Mt. Roggenmehl 00 rubia, 22.75—23.25 Mt. Roggenmehl 00 rubia, 22.50—22.75 Mt. Roggenmehl feiner, 10.75 bis 11.25 Mt. Weizenkleie feiner, 10.25—10.75 Mt.

Briefkasten.

Ostwig. Der Arbeiter ist nicht verpflichtet, sich sein Krankenfaßbuch in der Mendantur der Kasse abzuholen, wenn er es dem Arbeitgeber übergeben hat; er hat nur nötig, es beim Arbeitgeber zu verlangen.

G. Sch. in G. Sie haben Recht. Ihre Frau hat nur zehn Jubiläumsmarken jährlich zu fleben, um die Anwartschaft auf Rechte aufrecht zu erhalten.

J. M. S. Die Hinterbliebenen eines Altersrentenempfängers erhalten von der Landes-Versicherungskasse die Berechtigungslosten nicht erstattet.

M. Gumbelshof. Die Naturalisation eines Oesterreichers kostet 50 Mark. Das Gesuch um Naturalisation ist beim Regierungspräsidenten anzubringen.

Alter Adressent. Dr. Niehnecht sprach hier im Gewerkschaftshaus am 18. Oktober 1901.

L. 100. Stirbt eine Ehefrau, so ist der überlebende Ehegatte nicht verpflichtet, die von der Ehefrau in die Ehe eintrahter Haushaltsgegenstände an die Schwiegereltern herauszugeben, wenn Kinder aus der Ehe nicht vorhanden sind, dagegen muß der überlebende Ehegatte die der verstorbenen Ehefrau gehörigen Kleidungsstücke, Wertgegenstände und die Hälfte des sonstigen Vermögens den Schwiegereltern überlassen.

Wag 1. Ja. 2. Nein. 3. 24 Jahre. 4. Ja. 5. Ja. 6. Nein; wenden Sie sich an eine Waldburauer Sortiments-Buchhandlung.

Steuern S. Ist der Steuerheber bei Ihnen wirklich vier Mal ohne Erfolg gewesen, so haben Sie die 40 Pf. Mahngebühren zu zahlen. Bestreiten Sie, daß die Mahnungen so oft erfolglos, so müssen Sie Ihre Behauptungen beweisen. Wenden Sie sich, bitte, nochmals an die Steuerbehörde.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 8. Januar:
Sozialdemokratischer Verein. Die Bibliothek befindet sich im Zimmer 7 des Gewerkschaftshauses und ist jeden Montag Abend von 8—9 Uhr geöffnet.
Zentralverband der Schuhmacher. General-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 2.
Arbeiter-Sängerband. Ausschüßigung. Jeder Vertreter hat zu erscheinen. Zimmer Nr. 5.
Dienstag, den 9. Januar:
Maurer. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr.
Soldatensoldaten-Verband. Vortrag des Herrn Feige. Zimmer 2.
Mittwoch, den 10. Januar:
Große Volksversammlung im Saale.
Arbeiter-Radsport-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.
Donnerstag, den 11. Januar:
Arbeiter-Abstinenz-Bund Breslau. Mitglieder-Versammlung und Zahlabend. Zimmer Nr. 5.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).
Bezirk 1, 3. u. 4. Mittwoch, den 10. Januar. Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Distrikte II und X (Kisselauer und Söbelwitz).
Sonntag, den 14. Januar, Nachmittags 4 1/2 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter. Abrechnung. Sämtliche vorhandenen Marken sind mitzubringen. Jeder Bezirksführer ist verpflichtet pünktlich zu erscheinen. Die Distriktsführer:
Bezirk 17a und 17b. Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft, sowie Einziehung der Mitgliedsbücher und der Restbeiträge und eine wichtige Besprechung. Alle erscheinen.
Bezirk 18, 18a, u. 18b. Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend bei C.
Bezirk 21 und 26. Dienstag, 9. Januar: Zusammenkunft im bekannten Lokale.
Bezirk 22. Mittwoch, den 10. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.
Bezirk 24. Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokale. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.
Bezirk 29a und b, 30 und 30a. Dienstag, 9. d. M., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Lokale E. Vollständiges Erscheinen erwartet. Die Bezirksführer:
Distrikt XVIII (Innere Stadt Ostfries).
Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Wichtige Zusammenkunft im neuen Lokale. Abrechnung der Konzert-Programme.

Oblau. Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Montag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof zum grünen Baum in Baumgarten. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl des gesamten Vorstandes. 3. Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Oblau. Referent: Verbandssekretär H. Eberle-Bremen.

Danzlau. Gewerkschafts-Kartell. Mittwoch, den 10. Januar, Punkt 8 Uhr: Sitzung in der „Hoffnung“. Tagesordnung: Vorstandswahl usw. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Sirchberg. Sozialdemokratischer Wahlverein. Dienstag, den 9. Januar, Abends Punkt 8 Uhr: Versammlung im großen Saale der Andreaskirche an Cuviersdorf. Tagesordnung: Abrechnung. Agitation, Anträge und Vertiefung. Verschiedenes. Der wichtigen zur Beratung vorliegenden Angelegenheiten wegen wird um vollzähliges Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Striegau. Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Sonntag, den 14. Januar, Nachmittags 3 1/2 Uhr: Generalversammlung in der „Dierquelle“.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten“ und die Inserate: Franz Mißig; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Polen“: Robert Albert; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“: Paul Böbe — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schütz & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. — Hierzu 1 Beilage.

Achtung!

Mittwoch, den 10. Januar 1906, Abends 8 Uhr

im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Große öffentliche Gewerkschafts-Prottestversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der Kampf der Polizei und Gerichte gegen unser Koalitionsrecht. Referent: Redakteur R. Albert. 2. Freie Aussprache.

Alle organisierten Arbeiter Breslau's sind eingeladen, um machtvollen Protest einzulegen gegen die in letzter Zeit ergangenen Urteile betr. § 153 der Gewerbe-Ordnung.

Eintritt frei.

Frauen haben Zutritt.

Das Gewerkschaftskartell.

Am 6. d. M. verstarb unser Freund und früherer Mitarbeiter, der Metalldreher

Paul Bredien.

Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Kollegen der Firma A.-G. vorm. H. Meinecke, Breslau-Cariowitz.

Beerdigung: Dienstag nachmittags 1 Uhr vom Allerheiligen-Hospital nach Gräbchen. 65

Am 6. d. Mts. verschied unser Mitglied, der Metalldreher

Paul Bredien.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Achtung Holzarbeiter!

Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Allgemeine Gewerkschafts-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Laß Koalitionsrecht der Arbeiter.
 Referent: Genosse Albert.
 2. Diskussion.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
 Die Lokalverwaltung. 60

Reinhold Richter's Getreidekorn-Brennerei,
 Breslau I, Matthiasstr. 149, Esberderstr. 43 (Telephon 8717)
 empfiehlt ihren anerkannt guten Korn in Gebinden und Flaschen, sowie den rühmlichst bekannten **Kraft-Korn.**

5 Pfg. - Sumatra - Zigarren
 prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Mt., 2,50 Mt., 3 Mt. bis 5 Mt.
 empfiehlt gegen Nachnahme 2129

Zigarren-Fabrik E. Lampke.
 Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
 Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
 Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse,
 Gummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Poststraße 77.

„Der wahre Jakob“.
 Sozialdemokratisches Witzblatt.
 Durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen.

Illustrierte
Jugend-Bibliothek.
 Belebende Aufsätze für die Kinder freidenkender Eltern
Preis 25 Pfg.
 In der Exped. der „Volkswacht“ zu haben.

Ankündigung!

Wir weisen das geehrte Publikum darauf hin, dass unser Inventur-Ausverkauf Mittwoch, 10. Januar beginnt und alles bisher Dagewesenes übertreffen wird.

Große Umwälzungen in allen Lägern fanden statt, Preisermäßigungen zwischen 25 und 50% sind vorgenommen worden, einzelne Artikel sollen, um damit zu räumen, zu und unter Einkaufspreis abgestossen werden, damit der Ruf, dessen sich unser Ausverkauf in Breslau u. i ganz Schlesien erfreut, noch erhöht wird.

Heute weisen schon auf exceptionelle Angebote in guten **Leinenwaren, Kleiderstoffen, Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche und Schürzen** hin.
 Besondere Anziehungskraft dürfte naturgemäß wieder der Ausverkauf in **Damen-Konfektion, Modewaren, Hüten und Spitzen etc.** ausüben.

Messow & Wa'dschmidt.
 G. m. b. H.

Arbeiterlohn im Spiegel einer Haushaltsrechnung.

Dem Armen Teufel für die Oberlausitz wird aus Seltendorf berichtet: Das alte Jahr ist verschwunden. Der Kaufmann schließt seine Bücher ab, er addiert in Einnahme und Ausgabe, schätzt seine Lagerbestände ab und zieht seine Bilanz...

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. It lists various items like 'Arbeitslohn im Jahre 1906', 'Bier', 'Butter', 'Mehl', etc., with their respective costs in Mark and Pfennig.

Mein Freund ist trotzdem eine ungemütliche Seele, jedoch schreibt er am Schlusse seines Abchlusses: „Wenn in der Familie jemand krank wird, oder es geht am Kinderwagen ein Rad kaputt, dann hört auch meine Gemütslichkeit auf.“

Nach Prüfung dieser Bilanz wird man sagen, ja es ist nicht anders möglich, will der Mann durchkommen, dann muß die Frau mit in die Fabrik! Schreiber dieses hat den Versuch gemacht.

Mein Einkommen war dasselbe wie vorstehendes. Ich nahm meine Frau mit. Sie hatte einen Verdienst von 6.42 Mk. pro Woche. Von diesem „Lohne“ waren zu bestreiten:

Table listing expenses for children and household items. Items include 'Für die Kinder: Pfennig, Aufsicht', 'Mehrerwerb an Butter und Brot', etc., with a total sum of 6.37 1/2 Mk.

Es verblieb uns demnach ein wöchentlicher Ueberschuß von 1 1/2 Pfennig durch die Mitarbeit meiner Frau in der Fabrik (Spinneret). Für diese 1 1/2 Pfennig hatte jedoch der ganze Haushalt zu leiden.

Moskau.

Von Dr. Hugo Ganz.*

Von Petersburg bringt uns der Kurierzug in dreizehn Stunden nach Moskau. Es sind durchwegs Nachtzüge, die diesen Verkehr vermitteln, denn der Russe schläft gern in seinen bequemen waggons. Wir kommen also am Vormittage in Moskau an, gleich Eindrücke, den ersten Eindruck der ungeheuren Stadt in uns aufzunehmen.

Wir werden gut untergebracht. Von unseren Fenstern erblickten wir die Türe des Kremli, die über die nächsten Dächer wintert. Da habe es aus, wer mag, im Zimmer hinter Doppelfenster! Nach einer Waschung und einem Tee stehen wir wieder vor die Tür und werden rasch mit dem Isowischtschik einig, der uns die vorgeschriebene Rundtour führen will.

* Aus dem wahren zu entscheidenden Buche: Vor der Katastrophe. Ein Bild ins Jarenreich (Frankfurt a. M., Viterische Anstalt von Ritter u. Voering, 1904, 316 Seiten.) Diese Weisheitsüberlegungen aus der Zeit kurz vor Ausbruch der Revolution sind das Neueste und Bedenkliche, was in dieser Art geschrieben wurde.

stopfen usw., sobald wir erst nach 11 Uhr zu Bette kamen. Frühmorgens um halb 5 Uhr mußten die Kinder wieder schlaftrunken aus den Betten. Nach heiligem Genuß einiger Köffel Mehlsuppe ging's wieder in die Fabrik.

Sonntag hatte die Frau keinen, denn da war „Waschfest“! Als wir schließlich Morgens (im Winter) einmal eine Minute zu spät kamen, gab jedes von uns 10 Pf. Strafe. Ich hatte also 18 Pf. Mehrausgabe, als wenn ich allein zur Arbeit ginge. Von da ab ließ ich meine Frau zu Hause. Ich will noch bemerken, daß der Lohnsatz von 6 Mk. 42 Pf. ein ganz bedeutender ist. Es gibt in dieser Fabrik noch viel geringere „Löhne“.

Die Revolution in Rußland.

Ein Revolutionär über die Moskauer Revolution.

Man schreibt der „Russ. Korr.“ aus Petersburg: „Der Moskauer bewaffnete Aufstand wird unaufhörlich und leidenschaftlich in allen hiesigen politischen Kreisen besprochen. Mehrere aufrichtige und unverfälschte Feinde der jetzigen Regierung verhalten sich zum Moskauer Aufstand ablehnend und bezeichnen ihn als einen „heroischen Wahnsinn“.

Ihr Korrespondent hatte hierüber eine Unterredung mit einem hervorragenden Revolutionär, dessen Namen er jedoch aus naheliegenden Gründen nicht mitteilen imstande ist. Es sei nur bemerkt, daß er zu den Revolutionären gehört, die man im Interesse ihrer Sicherheit als tot oder als nach dem Ausland geflüchtet bezeichnet.

„Ja, ja, der Moskauer Aufstand ist Wahnsinn,“ sagte er ironisch, indem er aufgeregt hin und her wandelte. „Er ist Wahnsinn, weil er den Elementen, die ihn, jetzt mißbilligen, keine Mäßigkeit gab, von ihm Nutzen zu ziehen. Die nur moralisch liegen, die nicht im Stande sind, wie die Krämer ihre Waren vom Ladenstisch zu nehmen und zu sagen: „Das ist sie, sie kostet so und so viel, nehmt sie doch in die Hand“, die sind immer „wahnsinnig“.

deuten? Eine völlige Niederlage der Revolution, ein Beweis, daß das russische Volk nicht imstande sei, auf Befehlswagen zu antworten. Wir wissen sehr gut, wie das in Regierungskreisen und in den Reihen der gemäßigten Elemente der Gesellschaft aufgenommen werden würde. Die Gollubartwennaja-Duma würde wieder als „großherziges Geschenk“ der Regierung erscheinen. Man müßte antworten — und Moskau hat die Antwort gegeben.

Nein, das war kein heroischer Wahnsinn, das war, ist und wird bleiben die nicht umzuführende Pyramide der Revolution, ein schreckliches Memento, die große Weisheit des Volksornes eine heroische Ueberlegung des Unermehlichen. Die „vernünftigen“ Leute mögen jetzt sagen, was sie wollen.

Mehr kann ich Ihnen nicht sagen. Das Uebrige wird die nahe Zukunft erzählen. Die hier mitgeteilten Äußerungen zeigen, daß die Stimmung der Revolutionäre bis jetzt keineswegs niedergedrückt ist, und daß man sich deshalb auf weitere bewaffnete Kämpfe gefaßt machen muß.

Was kostet Rußland die Revolution?

Professor Migulin bringt einen neun Spalten langen Aufsatz, den er „Vor dem Bankrott“ betitelt. Wir finden darin Schätzungen der Verluste, die Rußland bis heute durch die Revolution erlitten habe.

A. direkter Schaden: 1. der Brand von Baku 100 Millionen Rubel, 2. 500 niedergebrannte Güter zu 100.000 Rubel 50 Millionen Rubel, 3. der Schaden von Odesa 50 Millionen Rubel, 4. die zerstörten industriellen Anlagen 40 Millionen Rubel, 5. 60 geplünderte Städte, Flecken und Dörfer einschließlich Kiew, Odesa, Rostow (ohne Moskau) 60 Millionen Rubel, 6. Materialschaden von Meer und Flotte 50 Millionen Rubel, zusammen an direktem Schaden etwa 350 Millionen Rubel.

B. indirekter Schaden: 1. Verluste der Eisenbahnen durch verringerten Güterverkehr 40 Millionen Rubel, 2. Verluste der dienenden Klassen infolge der Ausstände 200 Millionen Rubel, 3. Ueberführung von Kapitalisten ins Ausland durch Fiskallinge 200 Millionen Rubel, 4. Verlust infolge von Insolvenzen und Kreditverkürzungen 100 Millionen Rubel, 5. Goldabfluß infolge Ueberbelagerung russischer Familien ins Ausland 100 Mill. Rubel, 6. Zurückziehung von Einlagen ausländischer Firmen 100 Millionen Rubel, zusammen an indirekten Verlusten 740 Millionen Rubel.

Der Verlust an Staats- und Industriepapieren schätzt Migulin auf mindestens eine Milliarde, jedoch nach seiner Ansicht der der Volkswirtschaft zugefügte Schaden zwei Milliarden weit überschreitet.

Der Verlust diese Zahlen auch nur auf Schätzungen, so dürften sie doch nicht allzusehr übertrieben sein. Die russische Regierung prahlt jetzt damit, daß sie die Revolution in wenigen Wochen niederwerfen werde, weil sie neue Anleihen aufnehmen muß.

Derweil nimmt eine Kopie seine Stelle ein. Um der fähigsten Ausführenden der Gottesmutter willen erlaubt der Generalgouverneur, Großfürst Sergius, den Juden nicht den Aufenthalt in der Stadt. Die Heilige soll auf ihren Wegen nicht die Spuren jüdischer Füße erblicken. Jeder bekreuzigt sich vor ihr. Die meisten aber steigen noch die wenigen Stufen zu ihr hinauf und bestreuen sich abermals unter heftigen Schreien von dem Oberkörper; einzelne aber, Männer wie Frauen, werfen sich ihrer ganzen Länge nach zu Boden und berühren mit der Stirn die Erde. Ein Kerzenkandel floriert; kaum jemand tritt ein, der nicht eine Kerze erleht und sie vor irgend einem Heiligenbilde anzündet. Ein Unterschied der Stände ist nicht zu erkennen.

Aus aller Welt.

Ein fetter Fall von Soldatenmißhandlung. Der Regimentärmeister Schimpf vom 2. Sibirien-Regiment in Dresden hatte sich wegen Mißhandlung eines Unteroffiziers in Dresden zu verantworten. Nach der Anklage hat Sch. am 22. August 1905 zu Zeithain, wo das Regiment damals Uebungen abhielt, dem Sibirier Schumann beim Waschen einen Krug kaltes Wasser über den Kopf gegossen. So daß in dem Ohrenleiden, das der Mann schon angefallen hatte, eine Verschlimmerung eintrat.

Zusammenbruch muß schon aus ähnlichen Gründen erfolgen, wenn die Revolution noch länger andauert!

Arbeitervereine in Riga.

Als die Arbeiter und Frauen, die in der Fabrik Prowodnik eingeschlossen waren, ihre Freilassung verlangten, um Nahrung einzuschaffen zu können, erklärte der Wachkommandeur, Oberst Meybel, sie sollten binnen 5 Minuten die Werkzeuge nennen, sonst würde er schießen lassen. Die Arbeiter weigerten sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Meybel befahl nun, Kanonenschiffe in den Fabrikhof abzugeben. Das geschah und über 100 Arbeiter wurden getötet. Es brach nun eine furchtbare Panik aus. Die Arbeiter suchten zu fliehen, wurden aber von den Soldaten mit Schüssen zurückgehalten. Wieder gab es viele Tote. Darauf wurden drei Arbeiter angeklagt.

Das Zentralbureau der baltischen Revolutionäre gibt kund, daß der Aufstand nicht fortgesetzt werden, zurück löse man nicht mehr. Doch dürfen Kanonieren nicht mit Schüssen bestraft werden, die dem Privatbesitz nicht schaden. Das Petrusburger Militärtribunal bleibt prinzipiell unverändert. Das General-Kommando behält sich die Befugnisse des Generals-Kommando vor, die es in Erwägung nach Resol.

Ueber Sibirien ist der Kriegszustand

erklärt worden, weil nicht nur Bahn und Telegraph in der Hand der Revolutionäre sind, sondern auch die Administration der Provinzen, deren Bevölkerung zu rebellieren beginnt. Die Sibirische Bahn bedient außer Militär nur Reisende mit Passierscheinen vom Reichskommissar.

Die Unruhen in Südrußland.

Einem Bericht zufolge ist der Statthalter aus Tiflis mit seiner Familie ins mitschische Kloster geflohen, welches besetzt und militärisch gesichert ist. Die ganze Maschawats-Bahn wird von Aufständischen beherrscht, die überall die förmliche Regierungsgewalt ausüben und von der Bevölkerung als legitime Macht respektiert werden.

Die Zahl der bei der Odesaer Judenmorde im Oktober nachgelassenen Juden ist nun festgestellt. 301 Juden wurden beobachtet, davon konnten 206 identifiziert werden, während 95 unkenntlich blieben.

Hungernot.

In den Gouvernements Odesk, Yensa und Kiew herrscht Hungernot, dem insbesondere Kinder zum Opfer fallen. Die Bevölkerung leidet sehr an Hunger und Mangel.

Anruf!

Ueber Sachalin erhielt der Reichstag folgendes, am 24. Dezember aufgelegte Telegramm, das infolge einer Reihe unglücklicher Umstände erst am letzten Sonntag in Berlin eintraf.

Das russische Proletariat, das sich zur Verteidigung der kaum eroberten und bereits bedrohten und zum Teil vernichteten politischen Freiheit erheben hat, wendet sich an die Arbeiter und alle freien Bürger Europas und der neuen Welten. Das System des Selbstherrschens hat uns wohl geführt, allein die Regierungsgewalt ist noch in den Händen der alten Machthaber, die, um der politischen und finanziellen Abwärtung zu entgehen, die sie dem Volke schulden, eine soziale Anarchie erzeugen. Wir kämpfen für eine konstituierende Versammlung auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts, die allen im Lande ist, das Reich in die Bahnen einer geregelten politischen Entwicklung zu leiten. Wir achten dies durch die Vermittlung der uns befreundeten deutschen Sozialdemokratie der zivilisierten Welt bekannt und erwarteten Unterstützung in unserem Kampfe, der nicht nur ein Kampf um die Freiheit des russischen Volkes, sondern ein Kampf um die kulturelle Entwicklung der ganzen Welt ist.

Das Organisationsbureau
des Delegiertenrats der Petersburger Arbeiter.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Januar.

Die Hausagrarien schreien!

In großer Zahl hatten sich Freitag Abend die hiesigen Haus- und Grundeigentümer in Börsen's Beschlüssen eingefunden, um „energischen Protest“ zu erheben gegen die vom Magistrat bei der Stadterordnungsversammlung eingebrachte Vorlage, wonach die Anlieger der neuen Kaiserbrücke zu den Kosten herangezogen werden sollten. Trotzdem die Haus-

agrarien nicht über ihre Not klagen, hatten sie sich die Vorstellung etwas lösen lassen und eigens einen mitleidigen Jurist, nämlich Herrn Dr. Epstein, mit der heiklen Aufgabe betraut, die Vorlage von der juristischen Seite zu beleuchten. Und diese Aufgabe erfüllte der Herr Jurist in einer Weise, die den lauteften Jubel der Hausbesitzer auslöste.

Einleitend betonte Rehner, daß die Kaiserbrücke 17 Millionen Mark kosten solle. Von dieser Summe sollten 875.000 Mk. teils der Grundbesitzer aufgebracht werden, die in der Nähe der Kaiserbrücke Grundeigentümer hätten. Unter lebhaften Schwedensrufen aus der Versammlung trat er hinzu, daß die umliegenden Straßen der Kaiserbrücke bis zu 3 Metern erhöht werden müßten. Der Jurist stellte zunächst zwei Fragen: 1. Wollten sich die Anlieger die Erhöhung der Straßen gefallen lassen? 2. Wenn ja, haben sie Ansprüche auf Entschädigung zu machen? Zur ersten Frage erklärte er, daß — so leid es ihm sei — die Stadtgemeinde das Recht habe, die Straßen zu erhöhen. Eine Belagerung sei daher fraglos. Dagegen bejahte er die zweite Frage. Im § 74 des Einbürgerungsbeschlusses zum Bürgerlichen Gesetzbuch sei die Möglichkeit gegeben, durch die Landesgesetzgebung Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Selber habe die Stadtgemeinde bis jetzt kein Entgegenkommen gezeigt, sie habe aber kein Recht, aber Rechte und Pflichten der Grundeigentümer zu beschließen. Der Magistrat habe sonar die drohende Erklärung abgegeben, daß er die Erhöhung der Straßen mit Hilfe der Grundbesitzer vornehmen werde, ohne dann entschädigungspflichtig zu sein. Der Magistrat ersucht dringend, daß die Anlieger die Straßen bis zu ihrer Höhe anlegen lassen. Die Hauptfrage der Grundeigentümer sei empfindlich schädlich, der Wert der Häuser bedeutend sinken. Zur Klärung der Vorlage übergehend, bemerkte Rehner, daß nach § 74 und § 75 die Zustimmung gefordert werde, ohne daß gesagt sei, wieviel davon jeder einzelne der Anlieger zu zahlen habe. Dieser könne der Stadtkommission erst dann anerkennen werden, wenn jedem einzelnen Grundeigentümer eine Kostenstellung ausgingen sei. (Beifall: Soweit dürfen wir es gar nicht kommen lassen!) Besonders scharf wird dann der Paragraph 9 des Kommunalabgabengesetzes kritisiert, wonach die Städte öffentliche Veranlassungen sein können, die wirtschaftlichen Vorteile genießen, auch die notwendigen Ausgaben entrichten müssen. Der Magistrat vertritt nun mit aller Entschiedenheit, daß den Anliegern der Kaiserbrücke wirtschaftliche Vorteile daraus erwachsen. Es könne für die betr. Oberanwohner gleichgültig sein, ob sie über die neue Brücke oder über die andere, nur zwei Minuten entfernt liegende Brücke gingen. Den Vorteil hätten vor allem diejenigen, die von hier, § 2, aus Siedlitz, kämen. Außerdem würden die anliegenden Hausbesitzer insofern schwer geschädigt, als der Bau viel Unruhe und Lärm verursachen würde. Es ist klar, daß die Vorlage dem Magistrat, die armen Rentiers würden es vorziehen, wegen des Verlustes von Steuern zu zucken. Was einen Vorteil erkennen der Rehner nur an, daß die elektrische Bahn über die neue Brücke führen werde, aber auch dies nur in gewissem Grade! Am ganzen hätten die anliegenden Grundbesitzer also keine wirtschaftlichen Vorteile. Hebraiens verleihe er nicht, weshalb man nicht die Gewerbetreibenden herangezogen habe. Diese hätten doch auch Vorteile von der Kaiserbrücke. Nach seiner Uebersetzung mürde der bereits oben erwähnte § 9 abgedruckt sein für die Grundeigentümer. In Berlin — wo die Grundeigentümer ja immer zahlreicher werden — würden keine Proteste von diesen erheben. Und hier sollte es geschehen! Die Anlieger der Kaiserbrücke seien hoch auch nicht zu betrachten herangezogen worden. Deshalb nun die Anlieger der Kaiserbrücke? Wenn man die 375.000 Mk. auf 200 Millionen vertheile, so kämen auf jeden 2000 Mk. Das könnte der einzelne unmöglich aufbringen. Die Hausbesitzer könnten sowieso kaum „schwimmen“! Er wolle nicht überreden, aber an zehntausend Wohnungen und hundert Familien in Breslau leer. Am Schluß empfiehlt er dann die Annahme der unten folgenden Resolution mit den für ihn und seine Leute bezeichnenden Worten, daß man dieser im Publikum keine große Bedeutung beimesse werde, weil sie von den Hausagrarien komme. (Zehr richtig! Die Red.) Das laßt aber die Hausagrarien kalt.

An der Debatte schließt sich Magistrat Beunder den Ausführungen seines Kollegen im wesentlichen an. Er und seine Partei (die Konservativen) seien für die Ablehnung der Vorlage, aber der Vorredner möge als Anhänger der freisinnigen Majorität in der Stadterordnungsversammlung darauf hinwirken, daß letztere ebenfalls die Vorlage ablehne! Der Magistrat habe nur die Intentionen der freisinnigen Majorität treu erfüllt. Diese habe die Vorlage haben wollen. Dieser seine Dieb sah. Herr Magistrat Epstein sprach sofort auf und erklärte, daß sich die Anwesenden ohne Unterschied der Religion und Partei für die Ablehnung der Vorlage entscheiden sollten. Aus welchen Gründen die Resolution angenommen werde, sei ihm ganz egal! Er wüßte mit dem Herrn Vorredner auch in Zukunft in schöner Harmonie zusammen zu arbeiten, wie es bisher geschehen. Selbstverständlich wolle er alles tun, um seine freisinnigen Kollegen zur Ablehnung der Vorlage zu bewegen.

Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:
In der Angelegenheit der hiesigen, seit dem Inkrafttreten des Kommunal-Abgabengesetzes bis vor kurzer Zeit fast ausschließlich in Breslau gebliebenen Brauerei, welche die § 9 des Kommunal-Abgabengesetzes im allgemeinen nicht zu ergeben, erklärt die heutige, zahlreich besetzte Versammlung der Breslauer Haus- und Grundbesitzer-Vereins eine dringende Gefahr, geeignet, Bestimmungen in der Bürgergesetz zu erzeugen und empfindliche Schädigungen anderer Kreise von Hausbesitzern herbeizuführen. Es ist darauf hinzuwirken, daß Aufwendungen, die im Interesse der Verbesserung des Verkehrs gemacht werden, soweit nicht die Voraussetzungen des Gesetzes vom 2. Juli 1875 gegeben sind, von der Ulgemeinheit getragen werden sollen. Die Vorlage des Magistrats, die Kosten der Kaiserbrücke zu einem Teilbetrag von 375.000 Mark auf die in der Nähe der Brücke wohnenden Hausbesitzer abzuwälzen, ist, abgesehen von den allgemeinen Erwägungen zu 1 und 2, auch deshalb nicht zu billigen, weil in Geld zu schätzende Vorteile für die durch die Vorlage betroffenen Hausbesitzer durch den Brückenbau an sich nicht entstehen. — Es wird erwartet, daß die Stadterordnungs-Versammlung der Vorlage die Genehmigung verweigert.

Gegen die Erhöhung der Biersteuer

protestierte am Freitag im Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Brauerverammlung. Das Referat hatte Arbeitersekretär Neukirch übernommen.

Rehner schilderte einleitend, wie schwer schon jetzt die indirekten Steuern auf den niederen Volksschichten lasten, was sich nun durch den neuen Zolltarif noch erheblich verschlimmern wird, und kam hierauf zu dem eigentlichen Thema. Seit 1872 ist es nun das lebende Mal, daß die Regierung mit dem Projekt einer Mehrbelastung des Bieres hervortritt. Während bisher mit diesem Vor nur wenig Geld hätte, glaubt sie nun, daß für eine Verbesserung der Finanzverhältnisse des Reiches eine ergiebiger Gestaltung der Brausteuer am besten geeignet ist. Bisher beträgt die Steuer vier Mark pro Doppelzentner Maß. Sie soll erhöht werden auf je sieben Mark für die 250 Doppelzentner, die eine Brauerei verbraucht, auf acht Mark für die weiteren 250 Doppelzentner, 10 Mark für die nächsten 500 Doppelzentner. Auf weitere 2000 Doppelzentner sollen je 11 Mark, auf die weiteren 2000 12 Mark und auf alles, was darüber hinaus liegt, 12,50 Mark entfallen. Bisher wurde in Norddeutschland das Bier nicht in dem Maße besteuert, als in Süddeutschland, wo die Einzelstaaten noch ihre besondere Steuer erhoben. Mit der neuen Vorlage ist ein Ausgleich geplant. In Bayern entfallen bisher 5,29 Mark Biersteuer auf den Kopf der Bevölkerung; in der norddeutschen Brauereigemeinschaft indes nur 84 Pf., abgesehen von einer eventuellen Besteuerung des Bieres durch Kommunen. Der Unterschied in diesen Ziffern hat aber nur wenig Bedeutung, wenn man bedenkt, daß in Süddeutschland im Durchschnitt 240 Liter, innerhalb der norddeutschen Brauereigemeinschaft aber nur 96 Liter pro Kopf der Bevölkerung verbraucht werden, wobei noch hinzutritt, daß in Süddeutschland mit weit besserem Maße gemessen wird. Zur Zeit wird in Deutschland von 6404 Brauereien Steuer erhoben, im Jahre 1873 bestanden noch 18.561 Brauereien. Dabei ist die Bierzeugung im gleichen Zeitraum von 19 Millionen auf 14 Millionen Hektoliter gesunken. Sicher hat es schon jetzt bei in mancher kleinen Brauerei gerade die Biersteuer verdrängt, daß sie das Feld räumen müßte. Nun sollen 60 Millionen Mark mehr aus dem Biere herausgeholt werden. Auf die einzelnen Brauereien würde sich dies wie folgt verteilen:
Bis 100 Doppelzentner Maßverbrauch mehr 860 Mk.
" 500 " " " 760 "
" 1.000 " " " 1.760 "
" 5.000 " " " 84.750 "
" 25.000 " " " 204.750 "
" 100.000 " " " 842.000 "

In einer Protest-Versammlung der Unternehmer, die in Berlin tagte, wurde ausgerechnet, daß zum Beispiel die Schultze-Brauerei, die gegenwärtig pro Jahr 1 Million 134.000 Hektoliter Bier produziert, und hierfür 986.000 Mark Steuern zu entrichten hat, in Zukunft 3 Millionen 75.000 Mark Steuern zahlen müßte. Die Brauerei von Königsplatz in Berlin produziert 154.000 Hektoliter, zahlt 134.000 Mark Steuern und würde in Zukunft 412.000 Mark zu zahlen haben. Im ersten Falle würde die gezahlte Abgabe von 18 Prozent auf 0,7 Prozent herabsinken; im zweiten Falle von 7 Prozent auf weniger als 1/2 Prozent. Hierzu tritt der neue Zolltarif, durch den Brauereien, Hopfen, Futtermittel für Pferde und diese selbst stark verteuert werden. Es könnte also keine Brauerei unter den beabsichtigten Steuerlasten existieren. Man würde nun nach jeder Richtung versuchen, die Steuer von sich abzuwälzen. Das Bier würde verteuert oder verschlechtert werden, was einen Rückgang des Konsums zur Folge haben müßte. Insbesondere wären es die Arbeiter, die ihren Bierkonsum einzuschränken genötigt wären. Die außerordentlich weit verbreitete Branntweinsteuer würde eine erneute Steigerung erfahren. Die kapitalträchtigsten Unternehmer würden sich mit neuen und verbesserten Maschinen zu helfen wissen und in dem verwickelten Konkurrenzkampf würden die kleineren Brauereien in großer Zahl unterliegen. In jedem dieser Fälle würde für die Arbeiter die Arbeitslosigkeit stark vermindert werden. An sich kann aber auch eine Monopolstellung

wohl zu, daß der Leinwand, weil er am genannten Tage früh bemerkt zum Tode ansetzte, was in der Unteroffizierskategorie bis zu den höchsten Stellen emporsteigen und dann wieder sinken müßte, wenn aber nicht anders, so in der genannten Weise an dem Mann vorzugeben zu haben. Einen trügerischen Grund, warum sich die Leinwand eine gewisse Gleichheit aus den Fingern jenseits habe, wußte der Angeklagte aber nicht anzugeben. Drei ältere Unteroffiziere, die Augenzeugen der Mißhandlung gewesen sein sollten, erklärten, sie hätten eine Wunde nicht bemerkt, müßten sie aber auf jeden Fall wahrgenommen haben, wenn eine solche erfolgt wäre. Drei ältere Leinwand seine Beugungsrichtungen aufwies. Das Angeklagte schweigt dem Angeklagten und den Unteroffizieren aus und — der Verlesene blieb unbedeutend —

Söhne von ... Der Norden ...
Opfer des Feindes. Beim Schiffsauslaufen ertranken auf dem Meere bei Nieder-Burgbach zwei Knaben im Alter von 10 und 11 Jahren. — Auf dem Simonsberg (Hag. Hag. Hag.) brach beim Schiffsauslaufen ein 22 Jahre alter Seemann Otto Hoppe ein. Zu seinem Retter gelangte der 22 Jahre alte Bruder und der 16 Jahre alte

Georg Friedrich mit einer Leiter und Stangen auf das Eis; aber auch sie brachen ein und der ältere Bruder verschwand im Wasser. Nur kämpfte der andere Bruder, der sechszehnjährige Friedrich eine ganze Stunde um sein Leben. Seine Mutter, eine 12 Jahre alte Schwester und Bruder bemühten sich vergeblich mit Aufbietung aller Kräfte; sie brachen selbst wiederholt ein und schwebten in hoher Lebensgefahr. Dagegen war es möglich, den zuerst Eingebrochenen zu retten, während die beiden Männer, die diesen retten wollten, ertranken.

Aus der Schlacht zurückgeführt. Nach einer abenteuerlichen Reise ist, wie aus Kiel geschrieben wird, der vorliegende Leinwand „Gaarden“ aus der Turbinenschlucht heimgekehrt. Das Schiff ging mit einer Ladung englischer Kohlen angeblich nach Malakka. Auf dem Schiffe begleitete es die holländische Kohlenhandlung. In den gefährlichsten Kampf gegen die Japaner. Die weiße Besatzung bis auf die Offiziere und Ingenieure wollte sich der Gefahr nicht aussetzen und desertierte unterwegs. Die Turbinenmaschinen erhielten die dreifache Feuer, die „Gaarden“ entging der Vernichtung in der Turbinenschlucht und kühlte noch einmal. Mehrere Begleitkräfte fanden. Der Kapitän hatte vorher eine Besatzung angeworben. In den schiffbrüchigen Gewässern stieß die „Gaarden“ eine Bezoote, deren Besatzung 100.000 Mk. erlösbare. Die mittlere Begleitkräfte lag, 41 Tausend Mark in Saigon; durchweg kostete jedes Schiff den Kassen ungefähr 2000 Mark. Ihre Ausgabe für die Kohlenhandlung ist somit fast Null gewesen. Die „Gaarden“ geht jetzt mit einer Ladung Kohlen nach Siam und kehrt dann aus russischen Diensten zurück.

Selbstmord durch Erstickchen wurde der Rekrut Dinater aus der 9. Kompanie des in Kreisburg i. B. garnisonierenden Infanterie-Regiments Nr. 115. Der junge Mann wollte über Neujahr in Ermüdungen bei seinen Eltern und hat sich nun deren Wohnung verschaffen. In einem kleinen Zimmer hinterließ er Abschiedsbriefe mit dem Inhalt: „Kamerad“, mit, daß ihn die Behandlung durch den Stabsarzt, einen Rekrutenarzt, in den Tod getrieben habe.

Erdbeben im Karstgebiet. Aus Laibach wird gemeldet, daß die Erdbeben in Rudolfsbrunn und in der dortigen Umgegend fort dauern. Die Instrumente der Laibacher Erdbebenkommission sind fortgesetzt in großer Unruhe. Das bereits vorher gemeldete Erdbeben, das besonders Agram heimsuchte, ist das stärkste, das im Erdbebengebiet seit der großen Katastrophe im Jahre 1890 festgestellt worden ist. Der augenfälligste nachweisbare Schaden in den direkt vom Beben getroffenen Gegenden ist nicht allzu groß, doch mahnt der Umstand, daß selbst in Laibach die effektive horizontale Bodenbewegung nach drei Mikrometer betrug, zur Vorsicht, und es wird sich erst nach Wochen zeigen, ob diese seismische Erscheinung bei Tunnel- und Brückenbauten, namentlich im Süden des Reiches, keine Veränderungen hervorgerufen hat. Auch die seismographischen Apparate der Zentralanstalt für Meteorologie in Wien zeichnen dieses Erdbeben. Die bei jedem Erdbeben beobachteten Vorzeichenungen setzten kurz vor 5 Uhr 29 Minuten ein. Sie waren von nur sehr kurzer Dauer, und bereits um 5 Uhr 30 Minuten erfolgte der Hauptstoß, der von außerordentlicher Heftigkeit war. Er war so stark, daß von einem der Apparate, dem Wichterl'schen, die Nadel abgeworfen wurde, wodurch der Apparat außer Tätigkeit gesetzt wurde. Die eigentlichen starken Erdstöße dauerten bis 5 Uhr 25 Minuten, dann folgten noch Nachschüttungen bis etwa 5 Uhr 39 Minuten. Ueber die Wirkungen und den Umfang des Erdbebens liegen noch folgende Berichte vor. Aus Agram wird gemeldet: Nach dem frühen ersten Stoß kamen im Laufe des Tages um 12 Uhr Mittags und um 12 Uhr 10 Minuten Nachbeben. Von seiten der Behörden wurde eine baulich-seismische Kommission entsendet, und an 37 Stellen wurden höhere Bauarbeiten kontrolliert. Vom Palais Beauvillain und vom Vereinshaus des Hieronymus-Vereins am Akademienplatz stürzte ein Teil des Gemäuses herab. Die Rottheater weist einen Sprung auf, ebenso der Turm der päpstlichen Pfarrkirche Sankt Markus. Stark ist das physikalische Kabinett am Oberkärntner Gymnasium und die Volkshochschule vom Heiligen Geist, wo der Unterricht eingestellt wurde. Das Priesterseminarium wurde provisorisch geschlossen, die Minister wurden nach Hause geschickt. Eine aus den Geologen Universitätsprofessor Ripace und Professor Diebold bestehende Kommission untersuchte die Vorgänge an der Nordseite des Agramer Gebirges und konstatierte, daß die Erdbeben auf tektonische Ursachen zurückzuführen sind.

